



Stadt Kamen

Niederschrift

STGF

über die
2. Sitzung des Sozial-, Teilhabe-, Generationen- und Familienausschusses
am Dienstag, dem 20.06.2023
in der Pflegeschule, Heerener Str. 205

Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 20:05 Uhr

Anwesend

SPD

Frau Carina Feige
Frau Brigitte Langer
Frau Stephanie Sabinarz
Frau Ulrike Skodd

CDU

Frau Susanne Brzuska
Herr Rainer Fuhrmann
Frau Sarah Grüneberg
Herr Wilhelm Kemna
Frau Dr. Petra Kleinz
Frau Gisela Windmüller

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Frau Christina Kollmann
Frau Manuela Laßen
Frau Tanja Wronski

DIE LINKE / GAL

Frau Ruthild Lindemann-Opfermann

FW Kamen

Herr Ulrich Müller

FDP

Herr Klaus Hößl

Sachverständige

Herr Helmut Brand
Frau Daniela Brock
Frau Petra Jung
Herr Heinz Detlef Klafke

Frau Silja Poschmann
Frau Kerstin Schneider
Herr Manfred Scholz
Frau Frauke van Lück

Verwaltung

Marina Dörmann
Herr Andreas Eichler
Frau Laura Müller
Herr Willi Präkelt
Frau Hanna Schulze

Gäste

Frau Dieckerhoff, Pflegeschule

Entschuldigt fehlten

Herr Mehmet Akca
Frau Alexandra Bartosch
Herr Oliver Bartosch
Frau Martina Dulleck-Blumenröhr
Frau Bärbel Filthaut
Herr Klaus Gödecker
Herr Klaus-Dieter Grosch
Frau Gabriele Hartleif-Müller
Frau Christiane Klanke
Frau Wiebke Kramer
Frau Helga Pszolka
Frau Heike Roß
Herr Jörg Wüster

Frau **Laßen** begrüßte die Ausschussmitglieder und die Mitglieder der Verwaltung und eröffnete die form- und fristgerecht einberufene Sitzung. Sie stellte fest, dass Änderungswünsche zur Tagesordnung nicht vorlägen.

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Einwohnerfragestunde	061/2023
2	Teilnahme von Sachverständigen an den Sitzungen des Sozial-, Teilhabe-, Generationen- und Familienausschusses	
3	Verpflichtung des Sachverständigen der Arbeiterwohlfahrt, Unterbezirk Ruhr-Lippe-Ems	
4	Pflegeschule Heeren hier: Bericht der Pflegeschule, Frau Dieckerhoff	
5	Wohngeld-Plus-Gesetz hier: Bericht der Verwaltung	

6	Anhörung des Behindertenbeirates nach dem Behindertengleichstellungsgesetz
7	Anregungen aus den Behindertenverbänden
8	Tele-Notarzt im Rettungswesen hier: Antrag der CDU-Fraktion
9	Organ- und Gewebespenden hier: Antrag der CDU-Fraktion
10	Verteilung der Gelder aus dem Stärkungspaket gegen Armut hier: Antrag der Fraktion DIE LINKE./GAL
11	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

B. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
2	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Einwohnerfragestunde

Einwohnerfragen wurden nicht gestellt

Zu TOP 2.
061/2023

Teilnahme von Sachverständigen an den Sitzungen des Sozial-, Teilhabe-, Generationen- und Familienausschusses

Frau **Schulze** wies darauf hin, dass eine weitere Gruppierung als Sachverständige mit in den Sozialausschuss aufgenommen werden solle. Hierbei handelte es sich um die AWO.

Beschlussvorschlag:

Zu den Sitzungen des Sozial-, Teilhabe-, Generationen- und Familienausschusses der Stadt Kamen soll die **Arbeiterwohlfahrt Unterbezirk Ruhr-Lippe-Ems, Unnaer Str. 29a, Kamen** als weiterer Sachverständiger eingeladen werden, die Herrn Norbert Piening (Stellvertretung Herrn Maciej Kozlowski) als ihren Vertreter benannt haben.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 3.

Verpflichtung des Sachverständigen der Arbeiterwohlfahrt, Unterbezirk Ruhr-Lippe-Ems

Frau **Laßen** verpflichtete den Sachverständigen Herrn Piening.

Zu TOP 4.

Pflegeschule Heeren
hier: Bericht der Pflegeschule, Frau Dieckerhoff

Zum Thema trug Herr **Kleinschmidt**, Geschäftsführer Klinikum Westfalen, allgemeine Informationen vor. Das Klinikum Westfalen und die UKB Universitätsklinikum der Ruhr-Universität Bochum betreiben gemeinsam die Pflegeschule Kamen. Es sei sehr wichtig, junge Menschen in die Ausbildung zu bekommen.

Frau **Dieckerhoff** stellte anhand einer Präsentation die Pflegeschule Kamen vor.

Hierbei handelte es sich insbesondere um Informationen über den Schulstandort, die angebotenen Ausbildungsgänge, die aktuellen Schülerplatzzahlen, das pädagogische Team am Standort Kamen und die Vorstellung der Räumlichkeiten/ Skillslab-Räumen. Die Präsentation liegt der Niederschrift als Anlage bei.

Die Zweigstelle Kamen bilde seit dem 01.10.2019 aus und befinde sich seit dem 01.10.2021 an dem Standort in Heeren.

Aktuell seien 150 genehmigte Ausbildungsplätze vorhanden. **Frau Bettenbrock** fügte hinzu, dass junge geflüchtete Männer aus Syrien ein starkes Interesse an der Ausbildung in der Pflege haben. Dies zeige sich anhand der vielzähligen Bewerbungen.

Die Pflegeschule bestehe aus fünf Klassenräumen. Besonders hervorzuheben sei das Skillslab. Hierbei handele es sich um einen Raum, welcher mit einem „Labor“ zu vergleichen sei. Hier haben die Schüler die Möglichkeit Fähigkeiten in einen Realistischen Umfeld zu erlernen.

Des Weiteren bestehe die Möglichkeit des Hybriden Unterrichts.

Frau van Lück erkundigte sich, wie die Praxisausbildung in dem Bereich der Pädiatrie aussehe. Da die Pädiatrie in den dazugehörigen Krankenhäusern noch nicht angesiedelt sei.

Frau Dickerhoff wies darauf hin, dass es an der Pflegeschule Kamen den Wahlschwerpunkt Pädiatrie nicht gibt. Jedoch müssten die Schüler aktuell 60 Stunden in der Pädiatrie absolvieren. Im Klinikum Westfalen sei ein Säuglingszimmer ausgestattet und es liege eine Kooperation mit der Kinderklinik Dortmund vor.

Frau Dr. Kleinz erkundigte sich, ob sich die Absolventinnen nach Abschluss der Ausbildung auch an anderen Krankenhäusern bewerben könnten.

Frau Dieckerhoff bejahte dies.

Herr Hößl erfragte die Kosten für die Schüler während der Ausbildung.

Die Schüler verdienen 1.100€ im ersten Ausbildungsjahr, 1.250€ im zweiten Ausbildungsjahr und 1.400€ im dritten Ausbildungsjahr. Ansonsten hätten die Schüler keine Kosten für die Ausbildung, erklärten **Frau Bettenbrock** und **Frau Dieckerhoff**.

Herr Fuhrmann fragte nach dem aktuellen Stand des Projektes bezüglich der 3D Brille.

Frau Dieckerhoff erklärte, dass es vor Ort VR Brillen gäbe, welche Phasenweise im Unterricht genutzt werden.

Herr Hößl fragte nach dem Ausbildungssystem, ob es sich um ein Duales System handelt.

Herr Dieckerhoff verneinte dies.

Frau Lindemann erkundigte sich nach dem Verhältnis von Theorie und Praxis.

Frau Dieckerhoff erklärte, dass die Theorie bei 2.100 Stunden in drei Jahren und die Praxis bei 2.500 Stunden liege. Die Fehlzeiten dürfen nicht mehr als 10% betragen.

Frau Wagner fragte nach der Ausbildung mit behinderten Menschen.

Die Arbeit mit behinderten Menschen sei Teil der Ausbildung.

Herr Hößl erfragte, wer die Prüfungen am Ende der Ausbildung abnehme.

Frau Dieckerhoff wies darauf hin, dass die Prüfung von der Praxisanleitung und den Lehrkräften abgenommen werde.

Herr Dieckerhoff fügte hinzu, dass der Prüfungsvorsitz von der Bezirksregierung an den Abschlussprüfungen dabei sei könne.

Zu TOP 5.

Wohngeld-Plus-Gesetz
hier: Bericht der Verwaltung

Herr **Eichler** referierte anhand einer der Niederschrift beigelegten Präsentation.

Es war angekündigt, dass sich das Wohngeld fast verdoppeln würde. Im Schnitt von 190€ auf 370€. Der aktuelle Durchschnitt in Kamen für den Monat Juni liege bei 367€.

Die Arbeitsbelastung sei für die Mitarbeiter sehr hoch.

Frau Schulze teilte hierzu mit, dass die ausgeschriebenen Stellen des Stellenplanes im Bereich Wohngeld besetzt werden konnten.

Frau van Lück fragte nach, ob es das Wohngeld auch für Eigentümer gibt.

Herr Eichler bejahte dies. Für Eigentümer werde es Lastenzuschuss genannt.

Herr Fuhrmann hinterfragte die spontane Erhöhung des Wohngeldes.

Herr Eichler verwies auf das Leistungsniveau. Das Leistungsniveau sei erhöht worden.

Des Weiteren fragte **Herr Fuhrmann**, ob sich dadurch nicht auch die Anspruchsberechtigung verändert haben müsste.

Herr Eichler bejahte dies.

Frau van Lück erkundigte sich, ob es die Wohngeldanträge auch in vereinfachter Sprache gibt.

Frau Schulze verwies auf die Mitarbeiter vor Ort. Diese stehen bei Unterstützungsbedarf zur Verfügung.

Zu TOP 6.

Anhörung des Behindertenbeirates nach dem Behindertengleichstellungsgesetz

Es lagen keine Themen für eine Anhörung vor.

Zu TOP 7.

Anregungen aus den Behindertenverbänden

Frau van Lück fragte nach Informationen bezüglich Inklusion im Kreis Unna.

Frau Schulze wies darauf hin, dass sie am 21.06.2023 an einer Videokonferenz bezüglich dieses Themas teilnehme. In der nächsten Sitzung würde sie zu dem Thema informieren.

Frau van Lück erkundigte sich bezüglich der Einwohnerfragestunde, warum die Sitzung nicht vorab in der Zeitung veröffentlicht werde.

Frau Schulze teilte hierzu mit, dass es sich hierbei um ein reguläres Standardverfahren handle. Es sei wie in jeder Ausschusssitzung. Jeder der Interesse habe, habe auch immer die Möglichkeit teilzunehmen.

Zu TOP 8.

Tele-Notarzt im Rettungswesen
hier: Antrag der CDU-Fraktion

Herr Kemna bat um aktuelle Informationen bezüglich der Thematik der Kommunikation im Rettungswesen.

Frau Schulze erläuterte, dass der Kreis als Träger der Rettungsdienste in erster Linie zuständig sei. Der Kreis habe im Rahmen der Rettungsdienstbedarfsplanung das Thema erstmalig mitaufgenommen. Im vergangenen Jahr habe der Kreis Unna mit der Stadt Dortmund und der Stadt Hagen eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung zur Gründung eines Tele-Notarzt-Verbundes geschlossen. Dort sei die Stadt Dortmund federführend. Nächstes Jahr sei eine Pilotphase geplant. Die Probestandorte stehen aktuell noch nicht fest. Unsere Rettungswache sei jedoch bemüht, an der Probephase teilzunehmen. Konkreteres hierzu kann noch nicht gesagt werden.

Herr Kemna bedankte sich für die Informationen.

Herr Fuhrmann ergänzte, dass die Krankenhäuser bei der Rettungsdienstbedarfsplanung beteiligt werden müssen. Dazu kam die Frage auf, ob es hierzu schon Äußerungen gebe.

Frau Schulze fügte hinzu, dass es hierzu noch keine weiteren konkreten Informationen gebe. Der nächste Rettungsdienstbedarfsplan liege aktuell noch nicht vor.

Zu TOP 9.

Organ- und Gewebespenden
hier: Antrag der CDU-Fraktion

Herr Kemna erläuterte, dass bis zu 8.500 Menschen in Deutschland auf eine Organspende bis zu acht Jahre warten müssten. Die Anzahl der Organspender sei gering.

In anderen Ländern in Europa sei die Organspende anders geregelt. Beispielsweise werden in Spanien Organe gespendet, außer es gebe einen vorliegenden Widerspruch. Es gebe auch noch weitere Möglichkeiten der Regelung der Organspende.

Frau Schulze wies darauf hin, dass das angedachte Referat von Herrn Böckmann auf den 17.10.2023 verschoben werde. Des Weiteren habe das Bürgerbüro Organspendeausweise und Informationen zur Organspende

vorliegen.

Herr Scholz fügte hinzu, dass es nicht nur den Organspendeausweis gebe, sondern auch die Patientenverfügung. Viele Personen hätten die Organspende dort geregelt.

Zu TOP 10.

Verteilung der Gelder aus dem Stärkungspaket gegen Armut
hier: Antrag der Fraktion DIE LINKE./GAL

Frau Lindemann erläuterte, die Gründe für den Antrag. Die Fraktion habe Fragen zusammengetragen und an die Verwaltung übersendet.

Frau Schulze teilte mit, dass der Stadt Kamen im Rahmen des Stärkungspaketes 260.001€ zur Verfügung stehen. In dem Erlass sei sehr streng geregelt, wie genau die Gelder verausgabt werden dürften. Es gebe drei grundsätzliche Kriterien, welche erfüllt sein müssten. Zunächst muss die soziale Infrastruktur betroffen sein, es muss einen Krisenzusammenhang geben und es darf keine Doppelfinanzierung vorliegen. Des Weiteren dürfen keine Pflichtaufgaben mit dem Geld erfüllt werden. Daher sei der Austausch mit umliegenden Städten wichtig. Zusammengefasst sei es sehr schwierig Einsatzmöglichkeiten zu finden. Die Verwaltung habe die Möglichkeit im Bereich der Personalkosten Neueinstellungen zu tätigen oder Stundenaufstockungen durchzuführen. Außerdem bestehe die Möglichkeit, Personen aus sozialschwierigeren Verhältnissen bei Sommerprojekten zu unterstützen. Im Rahmen der Einzelfallhilfe bestehe die Möglichkeit den Austausch der weißen Ware zu unterstützen.

Im Bereich Kita/Schulen/OGS bestehe die Überlegung einen „Topf“ zur Verfügung zu stellen, aus diesem beispielsweise frisches Obst bezahlt werden könne.

In der Gesamtheit würden die Gelder aktuell sinnvoll ausgeschöpft werden. Der Kreis Unna habe ebenfalls Gelder zur Verfügung. Zur Vermeidung von Doppelfinanzierungen bestünde eine enge Absprache.

Frau Lindemann erfragte, ob es vorgesehen war den Rat zu beteiligen.

Frau Schulze verwies darauf, dass es sich um ein Geschäft der laufenden Verwaltung handle und es daher nicht vorgesehen sei.

Frau Lindemann äußerte Lob der Fraktion im Hinblick auf den Stärkungspakt.

Herr Fuhrmann fragte nach, ob die personellen Angelegenheiten endlich seien.

Frau Schulze bejahte dies. Das Programm sei bis zum 31.12.2023 begrenzt.

Frau Gruneberg fragte, ob mit dem Stärkungspakt vielen verschiedenen Personen geholfen werden könne.

Frau Schulze verwies darauf, dass es keine Doppelförderung geben dürfe. Durch die Vielseitigkeit der angedachten unterstützten Projekte würde aber

eine große Bandbreite an Personen profitieren.

Frau Lindemann erfragte, wie hoch die Belastung der Verwaltung im Hinblick auf die Ausarbeitung des Konzeptes gewesen sei.

Frau Dörmann erwähnte, dass die Richtlinien mehrfach überarbeitet wurden. Insgesamt sei es ein komplexes Thema und habe entsprechend Arbeitskraft- und zeit gebunden.

Frau Lindemann bedankte sich für die ausführlichen Informationen.

Zu TOP 11.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Es lagen keine Mitteilungen der Verwaltung vor.

Frau Dr. Kleinz fragte nach, wie die aktuelle Lage der geflüchteten Personen aus der Ukraine sei.

Frau Schulze teilte mit, dass es aktuell ein geringer Personenanteil sei, welcher wieder zurück in die Ukraine gehe. Der Gedanke zurück in die Ukraine zugehen sei bei vielen noch vorhanden. Jedoch lasse sich die Situation vor Ort perspektivisch nur schwierig einschätzen. Alles sei aktuell spekulativ.

Frau Jung fragte nach der aktuellen Situation bezüglich Inklusion bei Ferienaktionen.

Frau Schulze sagte zu, dass wenn es Zahlen und Informationen zu dem Thema gäbe, diese dem Protokoll zugefügt werden.

-Hierzu liegen keine aktuellen Zahlen vor-

Frau van Lück fügte hinzu, dass die VKU auch viele Projekte bezüglich Inklusion getätigt habe. Es stelle sich die Frage wie hier der aktuelle Stand sei.

Frau Schulze teilte mit, dass dieses Thema in eine der weiteren Sitzungen aufgenommen werde.

Es lagen keine weiteren Anfragen vor.

B. Nichtöffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Es lagen keine Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen vor.

Zu TOP 2.

Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung
entfällt

gez. Laßen
Vorsitzende

gez. Dörmann
Schriftführerin